

a.o. SPD-Parteitag Berlin am 26. September 2010

Beschluss - Nr. 3

Deutschland besser regieren! Neuer Fortschritt - Unser Projekt für ein faires Deutschland

I. Ein neues Fortschrittsmodell als Antwort auf die Finanzkrise

Deutschland braucht eine andere Politik. Die amtierende Bundesregierung ist gelähmt. Sie scheitert an ihren inneren Widersprüchen und hat keine Antworten auf die drängenden und großen Fragen der Zeit. Wie soll es gelingen zu regulieren, zu konsolidieren, zu investieren, Inflation zu vermeiden und gleichzeitig Beschäftigungsbrücken über das Jahr 2011 hinaus zu bauen? Woher sollen die Investitionsimpulse für einen innovationsbasierten, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Wachstumspfad kommen? Sie bedient stattdessen Lobbyinteressen und lässt die deutsche Politik käuflich oder erpressbar erscheinen. Die vergangenen 12 Monate der Regierung von Angela Merkel und Guido Westerwelle (und im Hintergrund Horst Seehofer) waren ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit und Vertrauensverlust in die Demokratie.

Dabei haben die letzten Jahre deutlich gemacht: Die wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Jahrzehnte mündete in einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise von unvorstellbarem Ausmaß. Deshalb muss die Wirtschaftspolitik national, europäisch und international umsteuern.

Die Finanzkrise war nicht nur das Ergebnis moralischem Fehlverhaltens, unzureichender Regeln für Finanzmarktakteure oder öffentlicher Verschuldung, wie uns die Konservativen aus CDU/CSU und FDP weis machen wollen. Sie ist das Ergebnis eines Wirtschaftsmodells, in dem die Finanzmärkte zum Dreh- und Angelpunkt geworden sind und die Wirtschaftspolitik ihre eigentliche Aufgabe nicht mehr wahrnehmen wollte. Statt die Orientierung wirtschaftlichen Handelns am Gemeinwohl und am Zusammenhalt der nationalen und internationalen Gemeinschaft zu fördern und durchzusetzen, schien nur noch der Verzicht auf Regeln und die Entfesselung der Marktwirtschaft die Chance auf wirtschaftlichen Erfolg zu garantieren.

Dabei hat sich ein Bündel von Fehlentwicklungen gegenseitig verstärkt:

- Der Irrglaube an die Effizienz unregulierter Märkte,
- der Druck auf Löhne zugunsten rapide wachsender Vermögenseinkommen,
- die destabilisierende Suche nach riskanten Spitzenrenditen,

- die damit verbundene Zunahme von spekulativen Finanzgeschäften und die Einführung immer neuer „Finanzinnovationen“,
- Fehlanreize für Manager und Investmentbanker durch Boni und somit die Entkopplung von eigennützigem Handeln, Partikularinteresse und gesamtgesellschaftlicher Verantwortung,
- wachsender Druck der Finanzmärkte auf Unternehmen, die einseitige Orientierung am „Shareholder Value“ und das Auspressen gesunder Unternehmen im Interesse kurzfristigen Profits,
- weltwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Ländern, die „auf Pump“ gelebt haben (USA) und Ländern, die gemessen an ihrer Wirtschaftskraft unter ihren Verhältnissen gelebt haben (China, Deutschland).

Dieses Wirtschaftsmodell basierte auf dem Irrglauben an eine wundersame Geldvermehrung aus sich selbst heraus. Doch dauerhaft kann neuer Wohlstand nur aus echter Wertschöpfung durch Arbeit entstehen. Wir müssen wieder zurückkehren zur Kultur der Nachhaltigkeit und der nachhaltigen Leistung anstelle einer „Kultur“ des schnellen Geldes.

Der Finanzkapitalismus der letzten zwei Jahrzehnte ist gescheitert. Es war am Ende der zuvor von vielen in der internationalen Banken- und Börsenlandschaft verachtete Staat, der das Überleben von tausenden von Unternehmen und die Rückkehr zu einer funktionierenden Geldwirtschaft sichern musste.

Sozialdemokratische Ministerinnen und Minister der Großen Koalition haben die entscheidenden Weichen gestellt, um die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise in Deutschland erfolgreich zu bewältigen. Konjunkturprogramme für Städte, Gemeinden und Umweltschutz, die Umweltprämie für die Stabilisierung der Automobilindustrie und nicht zuletzt die neuen Kurzarbeiterregeln waren Initiativen der SPD. Sie mussten regelmäßig gegen CDU/CSU und immer gegen die Stimmen der heutigen Mitglieder der FDP in der Bundesregierung durchgesetzt werden. Ohne diese sozialdemokratischen Initiativen wäre der befürchtete drastische Anstieg der Massenarbeitslosigkeit nicht verhindert worden. Und ohne diese erfolgreiche sozialdemokratische Wirtschaftspolitik gäbe es jetzt keinen beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung.

Nun geht es darum, grundsätzliche und langfristige Konsequenzen aus der Finanzkrise zu ziehen. Die große Depression in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts hatte ein weltweites wirtschaftspolitisches Umdenken zur Folge. Um genau das geht es auch jetzt. Wir müssen das heutige System des Finanzkapitalismus und des globalen Wirtschaftens in Frage stellen. Der Finanzkapitalismus ist nicht Motor für neuen Wohlstand, sondern er ist Hemmschuh für einen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt. Er blockiert die Produktivkräfte der Zukunft.

Wir wollen eine neue soziale Ordnung und ein neues Wirtschaftsmodell, das an die Erfolgsbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft anknüpft. Dafür kämpft die Sozialdemokratie: in Deutschland, in Europa und in der internationalen Gemeinschaft.

Deutschland wird schlecht regiert: CDU/CSU und FDP blockieren den Fortschritt

Die amtierende Bundesregierung tut dies nicht. Damit ist die Regierung von CDU/CSU und FDP ein Hemmschuh für neuen wirtschaftlichen Fortschritt und sicheren Wohlstand. Angela Merkel und Guido Westerwelle belassen es bei kosmetischen Korrekturen, statt

Anreize und Regeln durchzusetzen, die dafür sorgen, dass das vorhandene Kapital in neue Investitionen und Innovationen fließt statt in Spekulation,

einen solidarischen Lastenausgleich zu schaffen, der die Verursacher der Finanz- und Wirtschaftskrise wirksam an den milliardenschweren Kosten beteiligt,

die europäischen und globalen Ungleichgewichte durch eine Steigerung der Kaufkraft im eigenen Land – vor allem durch gerechtere Löhne – schrittweise in eine bessere Balance zu bringen,

durch kräftige und nachhaltige Unterstützung das Technologieland Deutschland zum Wachstumsträger der „grünen Zukunftsmärkte“ zu machen,

die öffentlichen Ausgaben für Bildung und soziale Infrastruktur deutlich und dauerhaft zu erhöhen, um den absehbaren Fachkräftemangel abzuwenden und gleichzeitig die gravierende Benachteiligung vieler Kinder und Jugendlicher zu bekämpfen und ihnen gleiche Chancen auf Teilhabe zu geben,

unsere Städte und Gemeinden wieder zu starken Helfern für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu machen – mit funktionierender Infrastruktur, guten Kindergärten und Schulen, Kultureinrichtungen, Sport- und Sozialverbänden und Dienstleistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger.

Die amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mehr „Zusammenhalt“ als Überschrift über ihre Koalitionsvereinbarungen und ihre Regierungserklärung gestellt und versprochen. Ihr Regierungshandeln ist das krasse Gegenteil davon! Sie spielt die Gruppen in der Bevölkerung gegeneinander aus. CDU/CSU und FDP bedienen einflussreiche Klientelinteressen, alle anderen werden zur Kasse gebeten. Die konservative Bundesregierung macht Klientelpolitik gegen das Gemeinwohl und es mangelt ihr an Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit. Ihre Politik untergräbt das Wertesystem in Deutschland, weil sich die Menschen auf Zusagen und Versprechen der Politik nicht verlassen können. So kann man ein Land nicht regieren und ein Gemeinwesen nicht zusammenhalten. Und so kann man auch nicht eine der größten Volkswirtschaften der Welt in die Zukunft führen.

Wir brauchen ein gesellschaftliches Bündnis für ein neues Fortschrittsmodell

Es gibt kein Zurück in frühere Jahrzehnte. Der digitale und globale Kapitalismus des 21. Jahrhunderts unterscheidet sich von dem der Nachkriegsjahrzehnte. Aber was wir aus dieser Zeit lernen können, ist, dass eine politische und gesellschaftliche Einbettung von Märkten, ein sozialer Ausgleich, die Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ein starker öffentlicher Sektor wirtschaftlichen Wohlstand, kulturellen Fortschritt und soziale Sicherheit schaffen können.

Die Erkenntnis aus fast 150 Jahren Geschichte der deutschen und internationalen Sozialdemokratie lautet: Wirtschaftliche Eliten fühlen sich weder automatisch noch

dauerhaft gegenüber Demokratie, Gesellschaft oder Standorten verpflichtet. Sie brauchen für ihr Handeln immer beides: Freiheit und Freiräume für Innovation, wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt sowie demokratische und gesellschaftliche Einflussnahme, Regeln und Orientierungen.

Darum brauchen wir ein gesellschaftliches Bündnis für „ein neues Fortschrittsmodell“. Es geht dabei um die Zukunftsorientierung des Landes, nicht um die täglichen Schwankungen der Aktienmärkte und die nächsten Quartalszahlen des Bruttoinlandsprodukts. Das neue Fortschrittsmodell richtet sich aus an den neuen Leitmärkten für nachhaltige Produkte und Produktionsverfahren. Mit einer Effizienzrevolution kann es die nationalen und globalen Ressourcenkonflikte der Zukunft meistern, ohne dabei den sozialen Konsens zu opfern. Im Gegenteil, das neue Fortschrittsmodell ist auf mehr Verteilungsgerechtigkeit, mehr gesellschaftliche Mitbestimmung und mehr demokratische Teilhabe ausgerichtet. Durch gesellschaftlichen Zusammenhalt wird eine nachhaltige und zugleich konjunkturorientierte Haushaltspolitik glaubwürdig und eine konsequente Regulierung der Finanzmärkte möglich.

Wir sind überzeugt, dass sich eine große gesellschaftliche Mehrheit – mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer, Managerinnen und Manager, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Betriebs- und Personalräte, Gewerkschaften, Umweltverbände, Wissenschaft und Zivilgesellschaft – auf folgende Ziele verständigen können:

- **Ziel: Vollbeschäftigung.** Die Chance auf individuelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, die Stabilisierung der öffentlichen Einnahmen und der sozialen Sicherung setzt ein hohes Beschäftigungsniveau voraus. Darum hat die Mehrheit ein Interesse an Vollbeschäftigung.

- **Ziel: Investition statt Spekulation.** Vollbeschäftigung ist möglich, wenn es gelingt, die Investitionsquote der Unternehmen wieder deutlich anzuheben. Wo der Markt versagt, brauchen wir neue Anreize und Instrumente, damit in Produkte von morgen investiert wird.

- **Ziel: Ein hohes öffentliches Investitionsniveau.** Basis unseres Wohlstands sind aber auch Bildung, öffentliche Forschung, öffentliche Infrastruktur und „weiche“ Faktoren wie z.B. Zufriedenheit, Vertrauen, soziale Stabilität und Lebensqualität. Darum brauchen wir ein hohes Niveau öffentlicher Leistungen.

- **Ziel: Gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung.** Eine gerechtere Gesellschaft ist eine zufriedenerere Gesellschaft. Sie ist zudem im globalen Wettbewerb weniger verletzlich, weil sie auf einer starken eigenen Nachfrage basiert. Darum brauchen wir eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen.

- **Ziel: Gerechte Verteilung von Arbeit.** Eine gerechte Arbeitszeitpolitik stellt der Entgrenzung und Intensivierung von Arbeit eine humane und familiengerechte Arbeitswelt entgegen. Wir wollen Arbeitszeitmodelle, die die Zeitsouveränität der Beschäftigten vergrößern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und Zeit für Qualifizierung gewährleisten.

- **Ziel: Kultur der Kooperation und der Teilhabe.** Demokratie endet in unserem Land weder am Werkstor noch am Personaleingang. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind keine bloßen Objekte von Unternehmensentscheidungen. Ihr Leistungswille, ihre Qualifikation und ihre Flexibilität sichern erst den wirtschaftlichen Erfolg unserer Betriebe und Unternehmen. Teilhabe und Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften gehören zum Verfassungsverständnis unseres Landes. Wir wollen sie wieder stärken.

- **Ziel: Gleichstellung von Frauen und Männern.** Die gerechte Teilhabe von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist nicht nur gesellschaftspolitisch überfällig, sondern auch nötig, um den Fachkräftebedarf der Zukunft zu decken. Sie eröffnet zudem neue Potenziale für Wachstum. Wir streben eine Frauenquote von 40 % in den Aufsichtsräten und Vorständen der großen Unternehmen und ein Gleichstellungsgesetz an.

- **Ziel: Nachhaltigkeit:** Ein steigendes Wohlstandsniveau ist im Interesse aller Generationen (und letztlich der gesamten Menschheit) nur denkbar, wenn dies auf einer anderen Grundlage erfolgt: Einen effizienten Umgang mit Rohstoffen und des schrittweisen Umstiegs auf nachwachsende Rohstoffe und ihre nachhaltige Herstellung. Nötig dazu sind nicht nur technologische Innovationen, sondern auch eine nationale, europäische und internationale Verständigung über die Ziele von Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz. Das ist die zentrale Bedingung für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen ebenso wie für die Zukunft erfolgreichen Wirtschaftens für alle.

Es geht bei Wohlstand um mehr, als nur um eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Quantitatives Wachstum ist wichtig, aber die Verteilung des Wohlstands, die Nachhaltigkeit seiner Grundlagen und der soziale Zusammenhalt haben ebenfalls einen ökonomischen Gegenwert.

Unser Blick auf die Wertschöpfung muss sich verändern. Wir wollen das Verständnis für neues Wachstum in den Vordergrund rücken und anhand von konkreten Messgrößen und Indikatoren zum Referenzpunkt machen. Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag bringt deshalb eine parlamentarische Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ auf den Weg, die im Dialog mit Wissenschaft und Gesellschaft die Methodik für eine ganzheitliche Messgrundlage für neues Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt erarbeiten soll.

II. Eckpunkte eines neuen Fortschrittsmodells und einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik

Die nachstehenden Eckpunkte bilden das Gerüst für eine neue wirtschaftspolitische Debatte der SPD. Die Ergebnisse werden in ein wirtschafts- und finanzpolitisches Programm einfließen, das dem ordentlichen Bundesparteitag 2011 vorgelegt wird.

Global denken, europäisch regulieren

Wir brauchen einen neuen Aufbruch und neuen Fortschritt für Deutschland und Europa. Die aktuelle Krise hat allen klar gemacht, dass nachhaltiges Wachstum und soziale Stabilität längst nicht mehr im nationalen Rahmen gesichert werden können. Dazu brauchen wir die internationale Gemeinschaft. Aber wirklich handlungsfähig

müssen wir in Europa sein. Worum es wirklich geht, ist der Weg, den Europa im nächsten Jahrzehnt einschlägt.

Hier hat die Bundesregierung eklatant versagt. Statt eine effektive europäische Finanzmarktregulierung zu errichten, hat sie in Brüssel blockiert. Statt die Zukunft des Euros zum Wohle Europas, der deutschen Wirtschaft und der deutschen Steuerzahler aktiv zu gestalten, hat sie viel zu lange gezögert, konzeptionell gezaudert und sich dann immer wieder in entscheidenden Momenten taktisch ausspielen lassen. Europa muss mehr sein, als ein freier Markt, auf dem die Gewinne einiger privatisiert und die gigantischen Verluste vieler sozialisiert werden?

Wir Sozialdemokraten verbinden mit der europäischen Idee seit mehr als hundert Jahren vor allem eines: Menschen sollen freier leben können. Sie sollen ihr Leben verbessern können. Ihr Lebensweg soll nicht gebunden sein an das Einkommen der Eltern, Religion, Geschlecht oder Herkunft. Und die Werte, die die Menschen in Europa schaffen, sollen dem Fortkommen aller dienen und nicht nur dem Reichtum weniger. Das ist unser Bild vom Zusammenleben in Europa.

Doch dies werden wir nur dann verwirklichen, wenn die Entscheidungen über das Zusammenleben und Fortkommen der Menschen in Europa, in den Demokratien, in den gewählten Parlamenten und Regierungen fallen – und nicht in anonymen Märkten oder den Einflussphären wirtschaftlich Mächtiger.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Rückeroberung demokratischer Kontrolle über die Bedingungen unseres Zusammenlebens. Und um die Orientierung der Märkte am Gemeinwohl statt um die Unterwerfung des Gemeinwohls unter die Märkte.

Wir benötigen eine verbesserte wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik in Europa. Dazu zählen auch gemeinsam beschlossene Zielkorridore für nationale Investitionsquoten, wie, wie sie der spanische Ministerpräsident Zapatero vorgeschlagen hat, und neue Initiativen für gesamteuropäische Vorhaben. Notwendig sind Mindeststeuersätze für Unternehmen und eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage, die aber nicht die Einnahmen schmälern darf. Dabei sind wir uns bewusst: Wirtschaftspolitik kann nicht mehr nur im nationalen Rahmen erfolgen, braucht aber auf der europäischen Ebene stärkere Transparenz und demokratische Legitimation.

Um wirtschaftliche Ungleichgewichte, die auch durch die unterschiedliche Binnennachfrage entstehen, frühzeitig zu vermeiden, sollte das außenwirtschaftliche Gleichgewicht zusammen mit ökologischer Nachhaltigkeit zu wichtigen Zielgrößen einer vertieften europäischen Wirtschaftsregierung werden. Gleichzeitig muss der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt hinsichtlich der Glaubwürdigkeit der Defizitkriterien gestärkt werden. In gewisser Hinsicht könnte man von einer Rückbesinnung auf das „Magische Viereck“ sprechen, das bereits 1967 von Sozialdemokraten wie Karl Schiller und Helmut Schmidt im deutschen Stabilitätsgesetz gesetzlich verankert wurden. Es gilt bis heute und wird doch missachtet. Das Ziel eines gleichgewichtigen Außenwirtschaftsbeitrags steht danach gleichwertig neben den Zielen eines angemessenen und stetigen Wirtschaftswachstums, der Preisniveaustabilität und einem hohen Beschäftigungsstand. Neu hinzukommt der Gedanke eines sozial und ökologisch nachhaltigen Wachstums.

Um das Ziel eines stärkeren außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zu erreichen, ist auch das System liberalisierter internationaler Kapitalströme zu hinterfragen. Das System völlig freier Wechselkurse, welche wie Vermögensmärkte von kurzfristiger Spekulation bestimmt werden, hat die globalen Ungleichgewichte teilweise erratisch verstärkt.

Von entscheidender Bedeutung ist Europa bei der Regulierung der Finanzmärkte. Hier sind mit der Regulierung der Ratingagenturen, der Novellierung der Banken- und Eigenkapitalrichtlinien, der Neuordnung der Aufsichtsstrukturen sowie der geplanten Regulierung von Hedge-Fonds und Private Equity bereits wichtige Vorhaben in Angriff genommen worden. Noch bleibt jedoch viel zu tun. Insbesondere sind wir noch weit davon entfernt, eine auch im Krisenfall einsatzfähige europäische Finanz- und Bankenaufsicht geschaffen zu haben.

Deutschland besser regieren: Aufschwung für alle!

Die Nachrichten von der Konjunktur in Deutschland klingen vielversprechend. Im Hinblick auf das zweite Quartal des Jahres 2010, in dem ein Zuwachs von 2,2 % im Vergleich zum Vorquartal gemessen wurde, sind sie es auch. Unser Land hat inzwischen neues Ansehen als europäischer Wirtschafts- und Innovationsmotor gewonnen. Die Arbeitslosigkeit ist auch über den schärfsten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit hinweg vergleichsweise niedrig geblieben und sinkt wieder. Die jetzigen Erfolge sind die Früchte vergangener Entscheidungen bei der Arbeitsmarkt-, der Finanz-, der Wirtschafts- oder der Energiepolitik. Auch das deutsche Modell der Mitbestimmung und die Verantwortung der Sozialpartner haben zu diesen Erfolgen beigetragen. Zuletzt waren es die schnellen und wirksamen Konjunkturprogramme der Jahre 2008 und 2009, die der Industrie, den Kommunen, dem Handwerk und Hunderttausenden von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern eine Brücke über die Krise gebaut haben.

Doch die aktuelle Erholung hat Schattenseiten: In der zweiten Jahreshälfte wird die konjunkturelle Dynamik, bei einer weiterhin positiven Grundtendenz, voraussichtlich verhaltener ausfallen. Die Konjunkturprogramme laufen aus, die Investitionstätigkeit bleibt schwach, und die weltwirtschaftliche Lage – insbesondere in den USA – ist nach wie vor schwierig. Wer in Deutschland allein auf den Erfolg von Exporten und damit auf Außenhandelsüberschüsse setzt, macht sich von den Risiken und Schwankungen des Weltmarktes zu sehr abhängig.

Um vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund und den Verschiebungen durch die Finanzkrise einen tragfähigen Wachstumspfad zu erreichen, muss die Wirtschaftspolitik in Zukunft vermehrt auf die Stärkung der Kaufkraft in Deutschland und der Binnennachfrage setzen.

Um das zu erreichen, müssen wir die staatliche Subventionierung von Armuts- und Niedriglöhnen aus Steuergeldern durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € beenden. Arbeit und Leistung muss sich wieder lohnen und ein Leben ohne Sozialhilfeunterstützung des Staates ermöglichen. Zudem führen staatliche subventionierte Niedriglöhne zu massiven Benachteiligungen der Unternehmen und Betriebe, die angemessene und faire Löhne und Gehälter zahlen.

Vor allem aber wollen wir einen Aufschwung für alle: Nach jahrelanger Lohnzurückhaltung haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf Lohnerhöhungen, die mindestens die Inflationsrate und die gestiegene Produktivität ausgleichen.

Bildung als Schlüssel für die Zukunft

Bildung und Erziehung zu Kompetenz und Orientierung sind die Voraussetzungen für Aufstieg und Teilhabe in unserer Gesellschaft. Wissen und technischer Fortschritt spielen eine Schlüsselrolle, wenn es darum geht, eine Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen.

Deutschland investiert heute zu wenig in Bildung. Hier setzen wir Sozialdemokraten politische Prioritäten, die wir auch finanziell absichern wollen. Deshalb bekennen wir uns zu dem Ziel, spätestens 2015 die Ausgaben für Bildung bei Bund und Ländern auf 7% des Bruttoinlandsprodukts und damit um mindestens 20 Milliarden Euro/Jahr zu steigern. Der Bundeshaushalt muss dafür den Ländern jährlich ca. 10 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Dafür wollen wir auch das Aufkommen aus der Vermögenssteuer einsetzen. Unsere Verfassung („Kooperationsverbot in Bildungsfragen zwischen Bund und Ländern) muss dafür so gestaltet werden, dass die Länder diese zusätzlichen Mittel ohne Vorgaben des Bundes erhalten aber ausschließlich im Bildungsbereich einsetzen.

Städte und Gemeinden: Mittelpunkt der Demokratie, Impulsgeber für Chancengleichheit und Investitionen

Städte und Gemeinden sind Orte der gesellschaftlichen Integration und des Zusammenhalts: Junge und Ältere, Deutsche und Ausländer, wirtschaftlich Starke und Schwächere leben hier zusammen. Und unsere Kommunen sind Orte unmittelbar erlebter Demokratie. Ob dieses Zusammenleben funktioniert, Menschen zueinander finden und sich um einander kümmern, hängt vom Engagement vieler ehrenamtlicher Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und einer unschätzbar großen Vielfalt ehrenamtlichen Engagements in Vereinen, Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft ab. Deren Arbeit braucht eine funktionierende kommunale Infrastruktur und eine sichere finanzielle Grundlage.

Und auch für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes sind die Städte, Gemeinden und Landkreise von zentraler Bedeutung: Rund 60% aller öffentlichen Bauinvestitionen werden von den Kommunen getätigt. Die Einschränkung der kommunalen Handlungsfähigkeit durch dauerhafte Unterfinanzierung und Überschuldung hat erhebliche Folgen für die Investitionstätigkeit. Daher ist die Verbesserung der Kommunalfinanzen das beste Konjunkturpaket.

Die Finanzlage der Kommunen hat sich durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und insbesondere durch die verfehlte Politik der Bundesregierung dramatisch verschlechtert. Für das Jahr 2010 wird ein Rekorddefizit von 15 Milliarden Euro erwartet. Viele Kommunen können mit ihren Einnahmen ihre Ausgaben nicht mehr erfüllen, sie sind strukturell unterfinanziert. Deshalb hat die SPD in Regierungsverantwortung mit dem Programm „Soziale Stadt“ bis 2008 mit 2,2 Milliarden Euro insgesamt 330 Städte und Gemeinden gefördert. Deshalb haben wir die Finanzierung der Sozialhilfelasten für rund eine Million erwerbsfähiger Sozialhilfeempfänger in die Verantwortung des

Bundes geholt und die Kommunen um mehrere Milliarden bei den Grundsicherungsleistungen entlastet. Und deshalb haben wir mit dem 4-Milliarden-Euro-Ganztagschulprogramm und mit dem Ausbau der Tagesbetreuung zentrale Aufgaben in den Kommunen gestärkt. Wir haben die Weichen gestellt, damit bis 2013 noch einmal 4 Milliarden Euro für mehr Kinderbetreuungsangebote eingesetzt werden können. Über eine höhere Umsatzsteuerbeteiligung der Länder haben wir außerdem sichergestellt, dass sich der Bund im Umfang von fast 2 Milliarden Euro an den Betriebskosten der Kitas und Kindergärten beteiligt. Zuletzt haben wir in der Finanzkrise mit einem 13-Milliarden-Euro-Konjunkturprogramm geholfen, damit die Kommunen Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser, Straßen und Gebäude modernisieren können. Die SPD hat unter Beweis gestellt, dass sie die Kommunalpartei in Deutschland ist.

Schwarz-Gelb macht das Gegenteil: Allein die Klientelgesetze der Bundesregierung, mit denen Hoteliers gefördert und die Bemessungsgrundlage der den Kommunen zufließenden Gewerbesteuer reduziert wurde, bedeuten für die Kommunen Einnahmeausfälle von 2,3 Milliarden Euro. Alle von der schwarz-gelben Koalition beabsichtigten Vorhaben für Steuersenkungen, die zu weiteren Belastungen der Kommunen führen würden, müssen unterlassen werden.

Zudem müssen die Länder umgehend ihre Verpflichtung zu einer auskömmlichen Finanzierung der Kommunen erfüllen. Während einige Länder gezielte Hilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage gewähren und die Mittel des kommunalen Finanzausgleichs verstetigen, verweigern insbesondere die von CDU/CSU und FDP regierten Länder den Kommunen die dringend erforderliche Hilfe.

Wir wollen den in den letzten Jahren begonnenen Weg der Stärkung unserer Städte, Gemeinden und Landkreise weitergehen. Aber wir wollen dabei stärker auf die Übernahme finanzieller Dauerbelastungen der Kommunen durch den Bund setzen und weniger auf Einzelprogramme und zeitlich befristete Finanzierungen. Mit der Hilfe für Menschen mit Behinderungen, der Grundsicherung im Alter, den Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und vielen anderen gesetzlich festgeschriebenen Pflichtleistungen übernehmen die Kommunen Aufgaben, die nicht in allen Fällen ursächlich kommunale Aufgaben sind. Sie werden – anders, als ursprünglich geplant – nicht mehr nur in Einzelfällen gewährt und überfordern deshalb die Finanzkraft der Kommunen.

Daher unterstützen wir die Forderung der kommunalen Spitzenverbände an die Gemeindefinanzkommission nach Verbesserung der Einnahmehasis und Entlastung von gesamtgesellschaftlich zu verantwortenden Sozialausgaben. In den kommenden Jahren müssen die Gemeinden, Städte und Kreise schrittweise eine dauerhafte jährliche Entlastung von mindestens 5 Milliarden Euro erfahren, um ihre Aufgaben als Selbstverwaltung wahrnehmen zu können. Erste Schritte dazu sind:

- Wir fordern – wie in unserem „Rettungsschirm für Kommunen“ bereits aufgeführt – die Rücknahme der Klientelgesetze von CDU/CSU und FDP für Großkonzerne, reiche Erben und Hoteliers. Dadurch werden die Kommunen um 2,3 Milliarden Euro entlastet.
- Wir stehen zur Gewerbesteuer und wollen sie stärken. Die Gewerbesteuer ist eine gute Kommunalsteuer, trotz aller Wirtschaftszyklen ist ihr Aufkommen im Durchschnitt stetig gestiegen. Zudem ist sie nicht konjunkturanfälliger als

Einkommen-, Körperschafts- oder Umsatzsteuer. Wir wollen die Gewerbesteuer durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, wie z.B. die Erweiterung der Hinzurechnungen, noch weiter stabilisieren. Ferner fordern wir die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuer, was Mehreinnahmen von ca. 2 Milliarden Euro zur Folge hätte. Das ist keine Mehrbelastung dieser Berufsgruppen, da sie dies mit der Einkommenssteuer verrechnen können, sondern eine weitere Lastenübernahme durch den Bund, der zugunsten der Kommunen auf eigene Einnahmen aus der Einkommenssteuer verzichtet.

- Wir wollen die Kommunen bei den Kosten der Unterkunft befristet um 400 Millionen Euro entlasten. Wir prüfen darüber hinaus, den Anteil des Bundes von zurzeit 26 % (2009) dauerhaft zu erhöhen. Ferner muss geprüft werden, ob weitere soziale Leistungen wie die Grundsicherung im Alter durch den Bund übernommen werden können.

Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Mitfinanzierung des Ausbaus von Kinderkrippenplätzen und der Gewährleistung eines Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz neu zu regeln und die Förderung entsprechend der realen Nachfrage nach Krippenplätzen anzupassen.

Der SPD-Parteivorstand wird Vorschläge einschließlich der stärkeren Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) und den kommunalen Spitzenverbänden beraten und dem Bundesparteitag 2011 einen Beschlussvorschlag vorlegen.

Investition statt Spekulation - Eine neue Ordnung für die Finanzmärkte

Der Finanzmarktkapitalismus ist gescheitert. Nur durch beherztes Eingreifen des Staates konnte ein Kollaps der Weltwirtschaft verhindert werden. Aber unter den Kosten der Krise werden die Steuerzahler noch lange zu leiden haben. Das erste und wichtigste Element einer neuen Ordnung von Wirtschaft und Arbeit muss deswegen die Regulierung der Finanzmärkte sein. Kein Finanzmarktakteur und kein Finanzprodukt darf in Zukunft unreguliert sein! Denn stabile Finanzmärkte sind im Interesse der Gesamtwirtschaft.

Die Regulierung der Finanzmärkte geht über technische Fragen hinaus. Es geht um das Primat der Politik. Zu Beginn des neuen Jahrzehnts steht die Politik vor einem Paradigmenwechsel: Die bisherige allzu marktgläubige Politik muss abgelöst werden durch eine Politik, die eine neue Ordnung auf den Finanzmärkten etabliert.

Regulierte Finanzmärkte ermöglichen es der Realwirtschaft, unabhängiger von permanentem kurzfristigen Renditedruck zu agieren. Das ist eine wichtige Voraussetzung für verantwortliche Unternehmensführung und qualitatives Wachstum.

Die Systemfrage – eine neue soziale Ordnung oder Finanzmarktkapitalismus – ist für die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung eine Schlüsselfrage, um das Primat der Politik gegenüber dem Kapital wiederherzustellen.

Im Rahmen einer neuen Ordnung der Finanzmärkte muss es wieder eine klare Eigenverantwortung für Risiken geben. Zu dieser Eigenverantwortung gehört vor

alles, dass man für Verluste auch selbst einsteht. Um das sicher zu stellen, brauchen wir Lösungen, bei denen einzelne Banken nicht mehr die sogenannte „Systemrelevanz“ erreichen können und deshalb ihr Erpressungspotential gegenüber der Politik verlieren.

Um das Spitzenrendite- und Kurzfristendenken zurückzudrängen, brauchen wir eine Regulierung der Finanzmärkte, aber auch eine Rückbesinnung in den Unternehmen auf langfristige Ziele:

Finanztransaktionssteuer. Die Finanzmarktakteure müssen zu einem fairen Lastenausgleich beitragen und an der Finanzierung öffentlicher und gesamtgesellschaftlicher Aufgaben angemessen beteiligt werden. Ein wichtiges Element dafür ist eine Finanztransaktionssteuer. Diese würde dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte und eine fairere Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten. Sie entspräche im Übrigen einer Umsatzbesteuerung, wie sie in der Realwirtschaft selbstverständlich ist.

Differenzierte Zielvorgaben für die Aufsichtsbehörden bei der Regulierung von Banken. Je größer eine Bank ist, desto weniger Risiko darf sie übernehmen. Desto besser muss ihr Risikomanagement sein und umso höhere Eigenkapitalvorschriften muss sie erfüllen. Wir müssen die Vernetzung der Banken reduzieren. Hierzu kann ein Verbot oder eine Begrenzung des Eigenhandels nach US-amerikanischem Beispiel („Volcker-Rule“), eine stärkere Begrenzung der Zulässigkeit der Vergabe von Großkrediten, das Verbot der Rohstoffspekulation ebenso gehören wie die Verpflichtung, Derivate nur noch über Börsen zu handeln. Um die Transparenz der Verflechtungen der Finanzmarktakteure zu erhöhen, ist auch die Einführung eines Kreditregisters weiterführend.

Höhere Eigenkapitalanforderungen. Vermutlich der größte Fehler der modernen Bankenderegulierung nach Basel II war ein einseitiger Regulierungsansatz. Man hielt Risiken für sehr detailliert berechenbar und regulierbar und verließ sich dabei weitgehend auf statistische Risikomodelle. Das Risiko, dass diese Modelle dann keine hinreichende Beschreibung der Wirklichkeit mehr liefern können, wenn sich systemweit Krisenentwicklungen zeigen, wurde vernachlässigt. Dies führte dazu, dass Finanzmarktakteure, wenn sie ein den Basel-II-Regelungen genügendes Risikosteuerungssystem vorweisen konnten, durchaus bewusst bei geringer Eigenkapitalhinterlegung gigantische Wetten zu Lasten der Steuerzahler eingehen konnten. Robuste Regulierung, die dieser Versuchung entgegensteht, ist deshalb entscheidend. Ein fein ziseliertes Regelwerk, mit dem sich eine Wiederholung der gerade durchlebten Krise präzise verhindern ließe, wäre kein umsetzbarer Weg. Denn es droht, wenn nicht gehandelt wird, immer eine nächste Krise, die anders sein wird als die letzte. Die risikomodellbasierte Regulierung wird zwar fortbestehen, muss aber dringend um robustere Regulierungskomponenten ergänzt werden.

An langfristigen Zielen orientierte Anreizsysteme. Auch deswegen fordern wir eine wirksame Langfristorientierung der Vergütungs- und Bonisysteme. Auf Initiative der SPD wurden dazu von der Großen Koalition erste Schritte umgesetzt – viele weitergehende Forderungen der SPD scheiterten aber am Koalitionspartner. Das jetzt von der Bundesregierung beschlossene „Gesetz über die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Vergütungssysteme von Instituten und Versicherungsunternehmen“ setzt europäische Regeln um und ist allenfalls ein

weiterer Schritt. Wir fordern die Begrenzung der Absetzbarkeit von Boni und Abfindungen und ein festgeschriebenes Maximalverhältnis zwischen Grundgehalt und Boni.

Schlagkräftige Aufsicht. In der EU benötigen wir eine schlagkräftige gemeinsame Banken-, Versicherungs- und Wertpapieraufsicht mit ausreichenden Kompetenzen. Das heißt auch: Um verstärkte systemische Stabilität zu erreichen, müssen nationale Interessen auch einmal zurückstehen. Leider hat die Bundesregierung dies verkannt und sich lange dem Durchbruch für eine wirkungsvollere europäische Regulierung entgegengestellt. Noch nicht einmal auf eine Reform der nationalen Bankenaufsicht kann sie sich einigen.

Finanz-TÜV. Wir müssen Risikoprodukte und Verbriefungen stärker durch ein Verbriefungsgesetz kontrollieren und beschränken und einen Finanz-TÜV für Finanzprodukte einführen, um Verbraucher zu schützen und die Stabilität des Finanzsystems zu erhöhen. Wir begrüßen, dass es dem Europäischen Parlament im Rahmen der Finanzmarktaufsichtsgesetzgebung gelungen ist, die Möglichkeit zum Verbot schädlicher Produkte auf europäischer Ebene (bei der Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA) zu verankern.

Ratingagenturen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Schiedsrichter nicht auch Mitspieler sind. Eine Maßnahme, um die Abhängigkeit von den bisherigen Ratingagenturen zu reduzieren, kann – über die beschlossenen europäischen Standards hinaus - eine europäische Ratingagentur sein, die zumindest unter effektiver öffentlicher Kontrolle stehen muss. Entsprechende Initiativen der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament sind in der Vergangenheit am Widerstand von Konservativen und Liberalen gescheitert. Wir müssen die Bilanzierungsregeln so ändern, dass alle Risiken in der Bilanz erkennbar sind und durch diejenigen, die sie eingehen, selbst bewertet werden müssen – mit allen Haftungsfolgen. Private-Equity und Hedgefonds müssen wirkungsvoll reguliert werden – die europäische Kommission hat hierzu Initiativen vorgelegt, die aber noch nicht weit genug gehen. Auch die Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist wichtig, um stabile und transparente Finanzmärkte zu schaffen: Über 50% der Fonds und Gesellschaften, welche toxische Papiere besaßen, befanden bzw. befinden sich in sogenannten Steuerparadiesen.

Neue Unternehmensverfassung. Unternehmen, vor allem Aktiengesellschaften, haben auch eine Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl. Daher muss im Aktiengesetz festgeschrieben werden, dass Unternehmen nicht nur den Aktionären, sondern auch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Die Einflussnahme auf Unternehmen sollte nicht im kurzfristigen Profitinteresse erfolgen. Das volle Stimmrecht für Aktionäre auf Hauptversammlungen sollte daher an eine Mindesthaltedauer der Aktien von einem Jahr geknüpft werden. Im Bereich der Unternehmensmitbestimmung muss ein gesetzlicher Mindestkatalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte festgelegt werden. Feindliche Übernahmen dürfen kein mitbestimmungsfreier Raum mehr sein.

Mitarbeiterkapitalbeteiligung ausbauen. Wir wollen eine bessere Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenskapital, auch um „geduldiges Kapital“ stärken. Wir werden unser im Jahr 2008 eingeführtes überbetriebliches Fondsmodell vor dem Hintergrund der Krisenerfahrungen weiterentwickeln.

Investitionen in die Zukunft fördern

Der Schlüssel zum Schaffen der Arbeit von morgen ist die gezielte Erhöhung der öffentlichen und insbesondere der privaten Investitionsquote. Die Nettoinvestitionsquote in Deutschland ist mit 4 % auf einem historisch niedrigen Stand. Geringer als in fast allen anderen Industriestaaten. Wir müssen gezielt Investitionen insbesondere in Forschung, Bildung sowie den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft fördern. Ohne die Stärkung von Wissenschaft und Forschung, ohne eine steigende Zahl von Fachleuten können die Wachstumspotenziale nicht erschlossen werden.

Mit Hilfe eines Impulsprogramms für Investitionen werden wir neben der sofortigen, aber zeitlich begrenzten Abschreibung von Investitionsgütern in gewissen Sektoren und der zeitlich befristeten Einführung von Investitionszulagen auch staatliche Investitionsprogramme ausbauen, die eine hinreichende Hebelwirkung für private Investitionen sowie für Beschäftigung entfalten (z. B. das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien).

Auch in Forschung und Entwicklung neuer Produkte muss Deutschland mehr investieren. Es braucht mehr Ideen und intelligentere Lösungen für die anstehenden Probleme. Deutschland steht gut da bei hochwertigen Technologien wie dem Automobilbau. Aber es muss aufholen bei den Spitzentechnologien und den wissensintensiven Dienstleistungen. Zu gering ist noch die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologie.

Für sinnvoll halten wir ergänzend zur Projektförderung eine steuerliche FuE-Förderung für kleine und mittlere Unternehmen, damit Deutschland seine Spitzenposition bei innovativen Produkten halten und ausbauen kann.

Ökologische Industriepolitik

Wer die Wirtschaft nachhaltig umbauen will, kommt an unserem sozialdemokratischen Ansatz einer Ökologischen Industriepolitik nicht vorbei. Die Ökologische Industriepolitik eröffnet völlig neue Perspektiven. Sie ist ein Wachstumstreiber und schafft Spielraum bei Beschäftigung und Löhnen. Sie ist notwendig, um eine ressourcenorientierte Erneuerung unserer Wirtschaft erzeugen zu können. Die Ökologische Industriepolitik ist die politische Voraussetzung für den Megatrend einer notwendigen dritten industriellen Revolution.

Die Vereinbarkeit von Massenwohlstand mit der ökologischen Tragfähigkeit unseres Planeten ist eine ökologische und ökonomische Überlebensfrage. Wir brauchen eine Effizienzrevolution. Dies ist die entscheidende Größe auf dem Weg zu einem Wettbewerbsvorteil. Während BIP und Einkommen in den letzten 60 Jahren preisbereinigt um etwa 500% stiegen, erhöhte sich die Ressourceneffizienz um nicht einmal 100%. Wir brauchen eine Effizienzrevolution, wenn wir unsere Wirtschaftsweise so umstrukturieren wollen, dass wir den Klimawandel eindämmen, obwohl wir wirtschaftlich wachsen. BIP-Wachstum heißt nicht zwingend mehr Stoffwechsel oder Energieeinsatz. Wachstum ist erforderlich, um auch in Zukunft gut und besser leben und arbeiten zu können. Das gilt für uns in den entwickelten Ländern und noch mehr für die Menschen in den aufholenden Ökonomien des Südens.

Wir brauchen eine modernisierte Industrie für den ökologischen Umbau der Mobilität, des Wohnens, der Energieerzeugung und -einsparung, der CO₂-Minderung, nicht zuletzt für den Umbau der gesamten Wirtschaft. Aktuell arbeiten bei uns 7,8 Millionen Menschen in der Industrie. Wir brauchen das produzierende Gewerbe für hochwertige Arbeitsplätze mit großer Wertschöpfung und als Kristallisationskern innovativer Netzwerke bei unternehmensnahen Dienstleistungen.

Energie und Ressourcen sind der zentrale Wirtschaftsfaktor des neuen Jahrzehnts. Der Anteil von Energie und Material an den Produktionskosten in der Industrie steigt: Sie machen 45 % aus, Lohnkosten hingegen nur noch 19 % (2006). In der gesamten deutschen Wirtschaft lassen sich mindestens 100 Milliarden Euro an Materialkosten einsparen, allein in den Branchen Metall, Kunststoff, Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Chemie und Bau sind es schon kurzfristig 11 Milliarden Euro. Wir wollen durch eine Förderinitiative Ressourceneffizienz die ökologische Zukunftsfähigkeit und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft steigern.

Je mehr der Finanzmarkt in einem Land sich selbst überlassen war, desto stärker ist es in der Rezession 2008 und 2009 unter die Räder gekommen. Etliche rechtliche Rahmenbedingungen und Gepflogenheiten, die Ökonomen als positiv für Wirtschaft und Wachstum ansahen und von denen sich der Staat mangels Kompetenz raus halten sollte, erwiesen sich in der Krise als kontraproduktiv.

Das Verhältnis zwischen Staat und Markt muss daher neu austariert, die Rolle des Staates als Investor und Impulsgeber und Steuerungsinstanz gestärkt werden. Die Ökologische Industriepolitik bietet hierzu einen geeigneten Mix an Instrumenten. Mit der Ökologischen Industriepolitik kann ein ideales Kooperationsklima zwischen Staat und Privatsektor geschaffen werden, um die Wirtschaft umfassend und im Sinne der sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit umzubauen.

Ökologische Industriepolitik zielt in erster Linie darauf ab, der Gesellschaft insgesamt zu dienen. Wir wissen aber auch, dass Unternehmen großzügig an der gesamtwirtschaftlichen Rendite beteiligt werden, da sie durch Innovationen im Bereich Green Tech auf stark nachgefragte Zukunftsbranchen setzen und ihren Betrieb durch Kostenersparnisse zukunftsfähiger machen. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gründet sich wesentlich auf ihre Innovationskraft. Neue Produkte und effiziente Verfahren zur Produktion, Distribution und Dienstleistungserbringung verschaffen ihr wichtige Qualitäts- und Preisvorteile auf den weltweiten Märkten.

Entscheidend ist, dass der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schafft und der Industrie und den beteiligten Unternehmen die notwendige und wünschenswerte ökologische und ökonomische Verantwortung abverlangt. Positive Anreize für eine technologiespezifische Förderung grüner Technologien sind zwingend erforderlich, um nicht nur die billigsten, sondern alle heute verfügbaren grünen Technologien breit einzusetzen und dadurch fit für morgen zu machen.

Zum Handlungsfeld gehören nicht nur nachhaltige und sichere Klimatechnologien wie Wind, Solar, Biomasse, Geothermie, Gezeitenkraft, CCS oder Energieeffizienztechnologien, sondern die gesamte Wertschöpfungskette der Ökologischen Industriepolitik. Die Stichworte lauten E-Mobilität, Recycling, Life Science, Biomedizin, Nachhaltige Wasserwirtschaft, Green Chemistry, Bionik, Oberflächentechnik aber auch:

- Dienstleistungen und Qualifikation: Sie sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, da sie als Markt-, Innovations- und Professionalisierungstreiber neue Märkte erschließen und darauf ausgerichtet sind, Marketingkonzepte zu entwickeln.
- Infrastruktur ist die Voraussetzung für ein rasches Wachsen einer nachhaltigen Ökonomie. Zu nennen sind hier Smart-Grid-Stromleitungen, die die schwankende Stromerzeugung durch Wind und Wasser ausbalancieren, Elektroladestationen als „Tankstellen“, umweltfreundliche LED-Ampeln oder nachhaltige Wasserwirtschaft.
- Forschung und Entwicklung: Universitäten, wissenschaftliche Institute und private Forschungseinrichtungen sorgen dafür, dass aus grünen Ideen marktfähige Produkte werden und Deutschland führende grüne Forschungs nation bleibt.
- Finanzierung und Investment: Bund, Länder und Gemeinden auf der einen und private Investoren auf der anderen Seite stellen finanzielle Mittel zur Förderung von grünen Technologien zur Verfügung.
- Öffentliche Beschaffung: Wir verstehen die Öffentliche Hand als innovationstreibenden Einkäufer Grüner Technologien. So werden wir unserer Verantwortung gerecht. Für unsere Zukunft.

Kooperationen und Cluster sind die sozialdemokratische Antwort auf das Scheitern des Marktfundamentalismus. In einer so verstandenen Clusterpolitik werden Wirtschafts-, Sozial-, Energie- und Umweltpolitik zusammen gedacht. Cluster legen den Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit, auf Schnittmengen mit gesellschaftspolitischen Zielen, auf Wachstumsmärkte und auf gesamtgesellschaftliche und wirtschaftliche Steuerung.

Wer vom Wachstumstreiber Green Tech profitieren und die gigantischen Beschäftigungspotenziale erschließen möchte, muss jetzt die Weichen für eine ökologische Industriepolitik stellen!

Umbau des Deutschlandfonds

Wir wollen auch den „Deutschlandfonds“ nutzen, der 2009 aufgelegt wurde, um krisengebeutelte Unternehmen zu unterstützen. Der Fonds hatte ein Volumen von 115 Milliarden Euro - davon 40 Milliarden Euro für Kredite -, bevor Schwarz-Gelb das Volumen auf 60 Milliarden Euro halbiert hat. Statt Kürzung des Volumens aufgrund Unfähigkeit seitens der Regierung, die Vergabeprozesse zu optimieren, wollen wir das Instrumentarium des Fonds erweitern und ihn zu einem „Zukunftsfonds Deutschland“ ausbauen.

Wir wollen „Public Equity“ im Rahmen des „Zukunftsfonds Deutschland“ aktivieren. „Public Equity“ ist „geduldiges Kapital“ von der öffentlichen Hand, das zudem keine unrealistischen Renditeforderungen erhebt. Durch solche Beteiligungen können wir gezielte industriepolitische Impulse setzen.

Sozial und ökologisch nachhaltige Dienstleistungspolitik

Der Dienstleistungssektor gewinnt zunehmend an Bedeutung für Wachstum und Beschäftigung.

Im Deutschlandplan haben wir auf die großen Beschäftigungspotentiale des Dienstleistungssektors – insbesondere im Bereich der Leitmärkte Kreativwirtschaft und Gesundheitswirtschaft - hingewiesen. Zukunftsfähigkeit bedarf insofern eines verstärkten staatlichen Engagements, öffentlicher Investitionen und einer neuen Strategie der Förderung von Innovationen, Qualität und Professionalität.

Wir setzen deshalb auf die Förderung qualitativ hochwertiger Dienstleistungen und wollen die öffentliche Daseinsvorsorge stärken. Aktive Dienstleistungspolitik setzt voraus, dass Arbeit in diesen Bereichen einen Stellenwert erhält, wie er beispielsweise in den skandinavischen Ländern vorzufinden ist. Die Entwicklung zu steigendem Lohn- und Sozialdumping und prekären Beschäftigungsverhältnissen in Branchen des Dienstleistungssektors muss gestoppt werden. Gute Aus- und Weiterbildung und gute Arbeitsbedingungen müssen die Regel werden.

III. Eckpunkte sozialdemokratischer Finanzpolitik

Sozialdemokratische Finanzpolitik beruht auf einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik und einer gerechten Steuerpolitik für neues Wachstum. Wir wollen:

Schulden abbauen und die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse einhalten.

Private Investitionen in Leitmärkte der Zukunft fördern.

Mehr in Bildung und öffentliche Infrastruktur investieren.

Gemeinden, Städten und Kreisen eine ausreichende Finanzgrundlage sichern.

Steuern dienen der Finanzierung unserer Gemeinwohlaufgaben. Bildung, Sicherheit, Hilfe in sozialen Notlagen, öffentliche Infrastruktur (Kindertagesstätten, Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Straßen-, Schienen- und Flugverkehr u.v.a.m.) können nur durch die gemeinsame Finanzierung alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes angeboten werden.

Wer vor diesem Hintergrund wie Schwarz-Gelb weitere Steuersenkungen in Aussicht stellt, zeigt, dass er nichts verstanden hat: Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote ist in Deutschland mit zur Zeit 21,6 % unterdurchschnittlich. Mit Blick auf die Abgabenbelastung insgesamt – also Steuern und Sozialabgaben zusammen – liegt die Belastung bei 36,4 % und damit ziemlich genau im Durchschnitt der OECD-Staaten. Dazu beigetragen haben auch wiederholte Steuersenkungen besonders auch für kleine und mittlere Einkommen unter SPD-Regierungsverantwortung. Der Eingangsteuersatz wurde von 25,9 % auf 15 % gesenkt, der Spitzensteuersatz von 53 % auf 42 %. Die Unternehmenssteuern wurden ebenfalls gesenkt.

Bei der Beurteilung staatlicher Abgabenlast für jeden Einzelnen muss zudem auch berücksichtigt werden, dass es gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die gemeinsame Betrachtung von Steuern und Sozialabgaben ankommt. Rund 40 % aller Haushalte in Deutschland zahlen - bei Gegenrechnung des Kindergeldes - keine Einkommensteuern mehr. Es sind allerdings gerade diese niedrigen und mittleren Einkommensgruppen, die zwar nicht oder nur geringfügig von der Verpflichtung, Steuern zu zahlen, betroffen sind, dafür umso deutlicher von der Abgabepflicht für die Sozialversicherungen. So zahlt ein alleinstehender kinderloser Geringverdiener mit

dem von uns angestrebten Mindestlohn (8,50/Stunde) annähernd 270 Euro Sozialabgaben im Monat, aber nur ca. 70 Euro Steuern. Von diesen Sozialabgaben zur solidarischen Versicherung für Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit sind jedoch die hohen Einkommen befreit. Eine der großen Ungerechtigkeiten in unserem Land ist nach wie vor, dass Solidarität und Zusammenhalt in großen Umfang nur eine Aufgabe niedriger und mittlerer Einkommensbezieher ist.

Umso mehr kommt es deshalb darauf an, dass die Belastung der einzelnen Einkommen durch Steuern und Sozialabgaben gemeinsam betrachtet. Dabei müssen wir in Deutschland eine neue Balance für ein faires und gerechtes Steuer- und Abgabekonzept entwickeln.

Kleine und mittlere Einkommen, Arbeitsuchende, Alleinerziehende oder Ältere mit ohnehin geringer Rente dürfen nicht mehr stärker mit Steuern und Abgaben oder Leistungseinschränkungen belastet werden. Das ist ein Gebot des politischen Anstands und der Fairness. Wo es in Zukunft um Entlastungen von Erwerbstätigen geht, müssen die kleineren Einkommen Vorrang haben.

Die sozialdemokratischen Eckpunkte eines fairen Steuer- und Abgabekonzepts sind:

1. Abbau der unsozialen Staatsverschuldung

Eine übertrieben hohe Staatsverschuldung ist unsozial, ungerecht und unfair. Unsozial, weil die erarbeiteten Steuergelder von Arbeitnehmern und Unternehmern bei zunehmender Staatsverschuldung nicht für wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie Bildung, soziale Sicherheit oder Infrastruktur genutzt werden können. Schon heute umfassen die Zinslasten der Bundesschuld 12,4 % des Bundeshaushalts – das sind fast 40 Milliarden Euro! Ungerecht, weil sich der Staat am Kapitalmarkt refinanziert, und damit die Bedeutung der Finanzmärkte vergrößert und mit hilft die überzogenen Renditeerwartungen von Banken und an Börsen zu bezahlen. Und unfair, weil wir die Lasten der Rückzahlung auf künftige Generationen abwälzen.

Wir bekennen uns zu einer wachstums- und konjunkturorientierten Konsolidierungspolitik bei Einhaltung der Schuldenbremse. Der Bund muss die strukturelle Neuverschuldung von dem für 2010 veranschlagten Niveau von 53,2 Milliarden Euro bis 2014 in Jahresschritten von jeweils rund 7 Milliarden Euro auf dann rund 25 Milliarden Euro senken, um bis 2016 das Zielniveau der strukturellen Verschuldung von maximal 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erreichen zu können.

2. Die Verantwortlichen der Finanzkrise an den Kosten beteiligen

Wir in diesem Land sitzen nicht alle in einem Boot. Während der Niedriglohnsektor gewachsen ist, haben zugleich auch die Vermögen und Spitzeneinkommen zugenommen. Das ist die Realität, die viele verdrängen wollen. Hier haben nur ganz wenige über ihre Verhältnisse gelebt. Das sind die, die permanent öffentlich erklären: „Privat vor Staat“, und sich hemmungslos mit Ihrer Hilfe weiter bedienen dürfen. Das sind die, die hier über ihre Verhältnisse gelebt haben. Es ist unfair, jetzt wieder nur diejenigen an den Kosten der Krise zu beteiligen, die nichts dafür können. Deswegen müssen die Lasten der Krise gerecht verteilt werden.

Das wichtigste Mittel dazu ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer: Durch einen Satz von 0,05 % je Transaktion ließen sich allein für Deutschland Einnahmen von – je nach Ausgestaltung – 12 bis 30 Milliarden Euro erzielen. Damit diejenigen, die die Krise verursacht oder von ihr profitiert haben, an den Lasten der Krise beteiligt werden!

3. Subventionen runter – Bildung und kommunale Investitionen rauf

Für die dringend notwendigen höheren Ausgaben für Bildung, öffentliche Infrastruktur und die Stärkung der Gemeinden, Städte und Landkreise (für den Bund insgesamt 20 Milliarden Euro/Jahr) sind – neben Einnahmeverbesserungen - Einsparungen im bestehenden Staatshaushalt als Gegenfinanzierung notwendig. Diese Einsparungen sind vor allem durch den Abbau unnötiger Subventionen zu erbringen.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unterscheiden in staatliche Ausgaben, die der Zukunft und dem Zusammenhalt unseres Landes dienen, und unnötige oder sogar schädliche Bürokratiekosten und Subventionen. Mit den folgenden Maßnahmen lassen sich in einem ersten Schritt mindestens 10 Milliarden Euro/Jahr erzielen, die für eine grundlegende Besserausstattung der Kommunen sowie für eine Erhöhung der Bildungsausgaben genutzt werden können:

- Wir werden die staatliche Subventionierung mit über 11 Milliarden Euro/Jahr von Armutslöhnen einschränken. So trägt die von uns geforderte Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro schon bei einer Höhe von 7,50 Euro mit über 5 Milliarden Euro zur Einnahmeverbesserung des Staates bei. Einsparungen von bis zu 1,5 Milliarden Euro lassen sich bei den Leistungen für so genannte „Aufstocker“, also Menschen, die trotz Arbeit staatliche Unterstützung beziehen müssen, erzielen. Einnahmeverbesserungen von mindestens 4 Milliarden Euro würden sich bei den Sozialversicherungen durch eine Steigerung der Arbeitnehmerbeiträge ergeben.
- Wir wollen ökologisch schädliche Subventionen in den kommenden Jahren um mindestens 5 Milliarden Euro abbauen. So werden wir die Versteuerung des geldwerten Vorteils bei privater Nutzung von dienstlichen PKW umweltgerecht reformieren und den Betriebsausgabenabzug für Firmen-PKW nach Schadstoffausstoß differenzieren. Auch die Begünstigungen weiterer umweltschädlicher Verkehrsmittel wie dem Flugverkehr müssen beendet und diese Verkehrsmittel angemessen besteuert werden. Die Weiterentwicklung der ökologischen Steuerreform gehört ebenfalls auf die Tagesordnung.
- Wir schaffen daneben Spielräume durch die Streichung der geplanten öffentlichen Finanzierung für die Sanierung der maroden Atommüllendlager Asse II und Morsleben. Darüber hinaus wollen wir die Atomindustrie – für den Rest ihrer Laufzeit – über die Brennelementesteuer hinaus stärker an den Kosten ihrer Hochrisikotechnologie beteiligen, einschließlich der Abschaffung der Privilegierung bei der Bildung der Rücklagen für die atomare Entsorgung.
- Der Verteidigungshaushalt bietet Spielraum für eine Konzentration auf vordringliche Aufgaben. Insgesamt besteht auch hier durch eine Verbesserung der Verwaltungsstrukturen Einsparpotential. Rüstungsprojekte wie das Raketenabwehrsystem MEADS sind zu hinterfragen.

4. Faire Umverteilung und höhere Kaufkraft durch gerechte Steuern

Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik durch Stärkung der Kaufkraft muss das Steueraufkommen gerechter austarieren und Einkunftsarten einbeziehen, die bislang zu wenig oder nichts zum allgemeinen Aufkommen beitragen.

Die Vermögen in Deutschland sind – auch nach internationalen Maßstäben – sehr ungleich verteilt, und die Ungleichheit der Vermögensverteilung hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. So ist das Gewicht des Aufkommens vermögensbezogener Steuern in Deutschland mit 0,9 % des BIP deutlich schwächer ausgeprägt als im OECD-Schnitt mit 1,9 %.

Ein größerer Anteil vermögensbezogener Steuern würde – bei einer durchdachten Ausgestaltung – aber auch eine Verbesserung der ökonomischen Effizienz des deutschen Steuer- und Abgabensystems bewirken, das zurzeit durch eine im internationalen Vergleich überproportionale Belastung der Lohneinkommen gekennzeichnet ist.

Zu einem ausgewogenen Mix an vermögensbezogenen Steuern gehört die Wiedereinführung einer privaten allgemeinen Vermögenssteuer mit einem Aufkommen nicht unter demjenigen der 1997 ausgesetzten Steuer und die Korrektur der Erbschaft- und Schenkungssteuer.

Wir werden ferner in einem ersten Schritt die schwarz-gelben Steuerbegünstigungen für Hoteliers, reiche Erben und große Unternehmen rückgängig machen und dadurch 5,6 Milliarden Euro im Jahr an Mehreinnahmen erzielen.

Schon in der vergangenen Legislaturperiode haben wir gegen den Widerstand von CDU und CSU die Bezieherinnen und Bezieher hoher Einkommen (ab 250.000/500.000 Euro) stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt (so genannte Reichensteuer). Wir wollen daran anknüpfend ein neues und gerechtes Einkommensteuerkonzept entwickeln, das auf folgenden Eckpunkten basiert:

Wir wollen den Spitzensteuersatz von 42 % auf 49 % anheben. Allerdings soll dieser erst ab einem zu versteuernden Einkommen von 100.000 (Ledige) bzw. 200.000 (Verheiratete) Euro greifen – im Vergleich zu etwa 53.000 / 105.000 Euro gegenwärtig. Die bestehende „Reichensteuer“ von 45 % geht in diesem höheren Spitzensteuersatz auf.

Wir werden die Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte an die erhöhte Einkommensbesteuerung anpassen und nach Vorlage aussagekräftiger Daten prüfen, ob künftig private Kapitaleinkünfte wieder mit dem allgemeinen Einkommenssteuertarif versteuert werden sollten.

Im Rahmen der angestrebten Einkommensteuerreform wollen wir auch das nicht mehr zeitgemäße Ehegattensplitting reformieren. Dazu wollen wir in Zukunft für Ehepartner - sofern sie nicht bereits unter der Voraussetzung des bisherigen Ehegattensplittings wesentliche Entscheidungen ihrer Lebens- und Erwerbsplanung vollzogen haben - zu einer individuellen Besteuerung beider Ehegatten übergehen, bei der selbstverständlich den bestehenden gegenseitigen Unterhaltsverpflichtungen durch entsprechende Abzugsbeträge angemessen Rechnung getragen wird.

Die so entstehenden Mehreinnahmen bieten Gestaltungsspielraum für die gezielte Unterstützung von unteren Einkommen, Arbeitnehmern und Familien sowie für öffentliche Zukunftsinvestitionen und zur Haushaltskonsolidierung in Bund, Ländern und Kommunen.

Bis zum Bundesparteitag 2011 wird der SPD-Parteivorstand deshalb dazu folgende Vorschläge prüfen und bewerten:

Besteht Spielraum für einen veränderten Tarifverlauf, der eine geringere Einkommensteuerbelastung im unteren und mittleren Bereich zur Folge hat (Abflachung des Mittelstandsbauchs), und wie sähe er aus?

Bestehen Möglichkeiten für höhere Steuerzuschüsse zu den (bzw. einigen) Sozialversicherungen mit dem Ziel einer Reduzierung der Sozialabgaben?

Wie gestalten wir den Familienleistungsausgleich so um, dass jedes Kind dem Staat gleich viel wert ist? Denn heute begünstigt der Kinderfreibetrag Besserverdienende stärker als Bezieher von Kindergeld.

IV. Neuer Fortschritt für eine neue soziale Ordnung

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verstehen unsere Politik als einen Beitrag zur Wiederbelebung und Stärkung demokratischer Willensbildung. Wo Konservative und Liberale unsere Demokratie nur auf Repräsentation und Verfahrensfragen reduzieren wollen, kümmern wir uns um die existenziellen Voraussetzungen demokratischer Teilhabe. Demokratie heute und in Zukunft ist für uns nicht bloß eine Staatsform, sondern Lebenskern und Lebensform unserer Verfassung. Sie ist für uns ein gesellschaftlich umfassendes Prinzip. Deshalb ist ein Kernvorhaben der nächsten Jahre die Bewahrung bzw. Wiederbelebung der Demokratie unter dem anhaltenden Druck globalisierter Marktkräfte. Primat der Politik heißt für uns: Wir überlassen gesellschaftliche Entscheidungen nicht dem Marktprinzip, sondern kämpfen für die Gestaltungsmöglichkeiten selbstbewusster Bürgerinnen und Bürger. Wir werden deutlich machen, dass der Vorrang politischer Gestaltung auch ökonomisch vernünftiger ist, als das derzeit dominierende Profitstreben im Quartalsrhythmus. Wir kämpfen darum, die sozialen Voraussetzungen für demokratische Politik nachhaltig zu verbessern. Und wir stärken das Primat demokratischer Politik gegenüber unkontrollierten Marktkräften.

In den kommenden Jahren der notwendigen gesellschaftlichen Erneuerung werden wir deutlich machen: Wir stehen ein für das Gemeinwohl in Deutschland und laden alle gesellschaftlichen Kräfte ein, die für eine gerechte Verteilung von Chancen und Vermögen eintreten. Die Sozialdemokratie ist die treibende Kraft gesellschaftlichen Fortschritts – seit fast 150 Jahren. Diese lebendige Tradition des Kampfes für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gibt uns Mut und Entschlossenheit zur Veränderung und die Möglichkeit politischer und gesellschaftlicher Mehrheitsfähigkeit. Gerade weil wir die älteste demokratische Partei in Deutschland sind, unterscheiden wir uns selbstbewusst von anderen Parteien und brechen mit den üblichen Politikritualen. In diesem Sinn ist die SPD die Partei in Deutschland, die glaubwürdig wirtschaftliche, soziale und ökologische Kompetenz zusammen bringt.

Wir wollen ein faires und gerechtes Deutschland, in dem die hier lebenden Menschen zuversichtlich in die Zukunft blicken. Wir arbeiten für nachhaltiges Wachstum, das nicht mehr auf Kosten der Natur und zu Lasten des sozialen Ausgleichs geht. Wir streben einen anderen Wohlstand an, der sich nicht nur am Bruttoinlandsprodukt, sondern an der Lebensqualität einer möglichst großen Zahl von Menschen bemisst. Wir wissen, dass zunehmende Politikverdrossenheit und Misstrauen in die Kraft der Demokratie kein Schicksal, sondern Folge mangelnder politischer Gestaltungskraft sind. Wir sind überzeugt: Die Mehrheit der Menschen will angesichts der Fülle wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ungleichheiten eine neue soziale Ordnung. Die Menschen spüren: Die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien haben dies nicht verstanden. Sie ignorieren die Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den vor uns liegenden Wahlen für Mehrheiten für die Sozialdemokratie und damit für eine andere Politik in Deutschland.